

# Verkehrte Politik

Autor(en): **Scheu, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **95 (2015)**

Heft 1027

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736132>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

René Scheu

## Verkehrte Politik

**V**iele Bewohner Afrikas, die ihr altes Leben aufs Spiel setzen, um in Europa ein neues zu bekommen, sind keine politisch Verfolgten und auch keine Armutsflüchtlinge. Es handelt sich in der Mehrzahl um junge Männer, die oftmals den mittleren Schichten ihrer Länder entstammen. Sie und ihre Familien haben genügend Geld gespart, um Schlepper bezahlen zu können. Und sie haben in ihren Heimatländern Ambitionen entwickelt, die sie anderswo verwirklichen wollen: Ambitionen auf Arbeit, Wohlstand, Komfort.

Wer es von ihnen schafft, einen Fuss auf europäischen Boden zu setzen, erhält verbrieft Rechte, auch wenn er nachweislich illegal eingereist ist. Wer hingegen legal einen Asylantrag stellen oder ein Arbeitsgesuch deponieren will, steht vor verschlossenen Türen. Die europäische Einwanderungspolitik prämiert mithin illegales Verhalten. Im Gegenzug garantiert sie jenen, die gemäss Genfer Flüchtlingskonvention einen legitimen Anspruch auf politisches Asyl haben, keine Prüfung ihres Anliegens.

Die europäischen Politiker versuchen den Missstand zu beheben, indem sie ihn im Innern perpetuieren: Die Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten und Nichtverfolgten wird zunehmend aufgeweicht. Die vorläufig aufgenommenen Personen, die keinen Anspruch auf politisches Asyl haben, werden zu permanent aufgenommenen Flüchtlingen. Unkooperatives Verhalten zahlt sich aus.

Dies spiegelt sich in den Zahlen: Der Anteil der vorläufig Aufgenommenen nähert sich jenem der anerkannten Flüchtlinge an und liegt in der Schweiz gegenwärtig bei rund 30 Prozent der Asylsuchenden. Arbeiten ist für sie nur ausnahmsweise eine Option, der Sozialstaat die bessere Alternative: Die Erwerbsquote für Flüchtlinge mit Aufenthaltsbewilligung betrug hierzulande 2013 13,6 Prozent.

Ein perverses System produziert perverses Verhalten: Junge furchtlose Risikonehmer, die auf der Suche nach Wohlstand ihr Leben aufs Spiel setzen, enden in einem Fürsorgesystem, das ihnen die letzten Ambitionen raubt. Das ist in niemandes Interesse.

Eine Besinnung auf ein paar Prinzipien wäre ein Anfang: Wer illegal einreist, hat sein Recht auf Aufnahme verwirkt. Im Gegenzug brauchen politisch Verfolgte die Möglichkeit, in ihrem Heimatland einen Asylantrag zu stellen – die Schweiz kannte das Botschaftsasyl bis 2012. Der Asylstatus gemäss Genfer Konvention wird strikt ausgelegt. Erwerbsarbeit für anerkannte Flüchtlinge muss sich lohnen. Sobald sie in ihrem Heimatland nicht mehr bedroht sind, kehren sie dahin zurück – mit einer Starthilfe. Und für die Ambitionierten unter den Migranten ohne Asylgrund könnte Europa ein Kontingent von Arbeitsplätzen festlegen. Sie würden in Europa arbeiten, lernen und ihr neues Können nach einigen Jahren für den Aufbau ihres Heimatlandes nutzen. Klare Regeln für alle – wäre damit nicht allen gedient?

tät längst gemacht. Schon im September 2013 startete Canberra die «Operation Sovereign Borders» für das Unterbinden illegaler Schlepper, die aus der Not ein tödliches Geschäft machen.<sup>7</sup> In den vier Monaten bis Dezember 2013 kamen noch 22 Seelenverkäufer durch. Seither funktioniert die von einem Dreisternegeneral kommandierte Grenzsicherung: Zwischen Januar 2014 und Februar 2015 durchbricht nur noch ein einziger Schlepper die Absperrungen. Heute gibt es von Australiens Regierung keine Verführung mehr zum Sterben auf dem Meer. Weil nunmehr jeder Wandlungswillige weiss, dass die Illegalen keine Chance mehr haben, geht mit ihren Nusschalen auch keiner mehr unter. Fast drei Viertel der Australier stehen hinter diesem Kurs. Ob Christopher Hein auf ähnliche Zustimmungsquoten hoffen kann wie die australische Regierung, bedarf noch europaweiter Erhebungen.

Eben durch seine Konsequenz gerät Ozeanien ins Blickfeld aller Köhner, die nicht nur leisten, sondern durchaus auch helfen wollen, dafür – nebst ihrer neuen Nation – aber handlungsfähig bleiben müssen. Länder von Kanada bis Neuseeland ermöglichen mithin erst die Aufteilung des Abendlandes in jene, die auf ewige Sozialhilfe hoffen, und jene, die sich dafür nicht mehr krummlegen wollen. Canberras Einladung an Menschen, deren «Kreativität, Energie und Produktivität das Wirtschaftswachstum unseres Landes vorantreibt», wie es offiziell heisst, wird dabei als genau die Herausforderung verstanden, der sie sich stellen wollen. Zwischen 2015 und 2050 möchte Australien durch solche Neuankömmlinge von 24 auf 35 Millionen Einwohner wachsen. Während bis dahin Millionen in Europas soziale Netze strömen, werden gleichzeitig Millionen Träger dieser Netze ihren Einfallsreichtum anderen Kontinenten zuführen. Beide Bewegungen haben politische Gegner und Anhänger. Aber am Ende werden die einzelnen Menschen entscheiden. Indem sie gehen. Oder indem sie bleiben. ◀

<sup>1</sup> Absatz c:ii der «Question of Refugees»-Empfehlung der UNO-Vollversammlung, Sitzung vom 12.2.1946 ([daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/032/59/IMG/NR003259.pdf?OpenElement](http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/032/59/IMG/NR003259.pdf?OpenElement)).

<sup>2</sup> [http://www.unicef.org/publications/files/UNICEF\\_Africa\\_Generation\\_2030\\_en\\_11Aug.pdf](http://www.unicef.org/publications/files/UNICEF_Africa_Generation_2030_en_11Aug.pdf)

<sup>3</sup> <http://www.gallup.com/poll/124028/700-million-worldwide-desire-migrate-permanently.aspx>

<sup>4</sup> Work Rules! Insights from Inside Google that Will Transform How You Live and Lead, New York & Boston: Twelve, 2015.

<sup>5</sup> <http://www.businessinsider.com.au/countries-with-the-most-brainpower-2013-10>

<sup>6</sup> Migration: In Europe, the Refugees Keep Coming. In: Bloomberg Businessweek, March 9-15, 2015, S. 21.

<sup>7</sup> <http://www.customs.gov.au/site/operation-sovereign-borders.asp>